

Verkauf: 6mal wöchentlich, mit den Wochenschriften, die die Reichs- und Provinzialblätter, die Reichs- und Provinzialblätter, die Reichs- und Provinzialblätter...

Verlag: Dresden, Druck: Verlagsanstalt 'Die Sächsische Volkszeitung', Dresden, Kollwitzstraße 17, Telefon 21012...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Kollwitz 17, Telefon 21012

Reichstag und 'Neuer Plan'

Die gefährliche Formel

Die Entscheidung des Reichstages über die Haager Beschlüsse fällt Anfang Februar

Zusammentritt 23. Januar

Berlin, 17. Januar.

Der Reichstag des Reichstages wird am Sonnabend, den 18. Januar, vormittags 10.30 Uhr zusammentreten, weil die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 23. Januar, geplant ist.

Wie der 'Demokratische Zeitungsdienst' berichtet, wird die Reichsregierung nach dem Abschluß der Haager Konferenz dem Reichstage ein Weißbuch über den Verlauf der Verhandlungen vorlegen. Ferner werden auch mit größtmöglicher Beschleunigung die abgeschlossenen Verträge in Gesetzesform gebracht, um dann vom Reichstage ratifiziert zu werden.

Während im Jahre 1921 das Hauptabkommen über die Reparationsleistungen zwischen der Reparationskommission und Deutschland beschlossen wurde, handelt es sich jetzt um einen Vertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten. Dieser Vertrag wird die allgemeinen Zahlungsbedingungen, wie sie im Youngplan vorgegeben sind und die grundsätzlichen Bestimmungen über Moratorium, Revision usw. enthalten.

Endlich wird sich der Reichstag noch mit einem Abkommen über die Sachlieferungen zu beschäftigen haben, sowie mit dem Vertrage über die Errichtung der Internationalen Bank.

Die Reichstagsverhandlungen über die Youngplangefetze sollen so schnell wie möglich stattfinden. Es ist sicher anzunehmen, daß die große Aussprache durch eine Rede des Reichs-

außenministers Dr. Curtius eröffnet wird. Die Gesetze werden dann vom Auswärtigen Ausschuss weiterberaten. Da aber zu Abänderungsanträgen, von einigen Ausnahmen abgesehen, keine Möglichkeit vorhanden ist, nimmt man an, daß die Beratung im Auswärtigen Ausschuss sich nicht lange hinziehen wird, so daß die Entscheidung über die Youngplangefetze durch den Reichstag zu Beginn des Monats Februar fallen würde.

SPD. gegen Schacht

Änderung des Reichsbankgesetzes gefordert.

Berlin, 17. Januar.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab über seine Sitzung am Donnerstag nachmittag, an der auch der Reichsbankpräsident teilnahm, folgenden Bericht aus:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit der Lage, die durch das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag entstanden ist. Es herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß eine Nebenregierung der Reichsbank, wie sie von Dr. Schacht durch mißbräuchliche Ausnutzung der Unabhängigkeit dieses Institutes etabliert worden ist, nicht getragen werden kann.

Mit der systematischen Dröselung der Kredite für die Gemeinden und der dadurch ständig wachsenden Beschäftigungslosigkeit wird sich in den nächsten Tagen eine kombinierte Sitzung der Vorstände der Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befassen.

Dieser Beschluß war zu erwarten. Er wird die Beratung der Youngplan-Gesetze nicht gerade erleichtern, da die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß Änderungen des Reichsbankstatuts mit Rücksicht auf die Sicherheit der Währung nicht in Frage kommen.

Nachdem jetzt durch amtliche Veröffentlichung der Wortlaut der sogenannten Einigungsformel bekannt geworden ist, läßt sich die Haager Konferenz in einem ihrer wesentlichen Punkte bereits beurteilen. Zur endgültigen Urteilsbildung wird man natürlich die Zusammenstellung aller Einzelheiten abzuwarten haben, über die im Haag noch verhandelt worden ist und die dort entweder neue Formulierungen oder neue Lösungen gefunden haben. Soviel aber kann heute schon gesagt werden, daß der erste Eindruck, den wir haben, durchaus nicht erfreulich ist. Wir haben uns, frei von aller Parteipolitik, und im Gegensatz zu den Ausfällen und Forderungen der sozialistischen Presse scharf mit Herrn Schacht auseinandergesetzt, wo wir glaubten, eine Einmischung in eine rein politische Angelegenheit zu sehen. Das war für uns eine generelle Frage. Seine sachlichen Einwendungen sind von dieser Kritik unberührt geblieben. Wir kennen die Grenzen der politischen Möglichkeiten ganz genau, und wir wissen auch, welchen großen Schwierigkeiten die deutsche Delegation gegenübergehandelt hat. Je tiefer man aber in die Ergebnisse der Haager Verhandlungen eindringt, um so mehr muß zum Bewußtsein kommen, daß der aus den Haager Verhandlungen hervorgegangene Young-Plan sich vom Pariser Young-Plan recht erheblich unterscheidet. Wenn damals von der 'Liquidierung des Krieges' die Rede war, so hätte man erwarten müssen, daß eine Frage um Sanktionen überflüssig war. Wenn weiter davor gewarnt wurde, die an sich schon im Young-Plan vorhandenen politischen Gesichtspunkte noch weiter auszuweihen, weil dadurch die rein wirtschaftlichen Momente immer mehr erstickt würden, so sind diese Warnungen indessen nicht gerade mit besonderer Sorgfalt beachtet worden. Es wird nach der Rückkehr der deutschen Delegation nötig sein, daß wir uns ganz ernsthaft und gewissenhaft mit der neuen Gestaltung des Young-Planes auseinandersetzen, und daß wir die politische Entscheidung, die wir zu fällen haben, auf das sorgfältigste bedenken und abwägen. Denn daß der Young-Plan an sich außerordentlich schwer durchführbar erscheint, und daß er das deutsche Volk darüber hinaus mit schweren moralischen Hemmnissen belastet, ist allen klar.

Was jedenfalls über die Einigungsformel bekannt geworden ist, gibt zu allererst einen Bedenkens Anlaß. Wir halten uns für verpflichtet, dies ohne Rückhalt auszusprechen. Es spielt dabei keine Rolle mehr, ob es überhaupt geklärt gewesen ist, die Sanktionsfrage zu debattieren, da ja der Young-Plan selbst eigene Befreiungsarten vorsah. Nachdem das jetzt aber geklärt ist, muß leider festgestellt werden, daß rein wirtschaftliche Fragen doch wieder mit militärischen Methoden verknüpft worden sind. Es wird zwar in das vorgesehene Verfahren der Haager Gerichtshof eingeschaltet; aber dann, wenn der Haager Gerichtshof zugunsten der Geheime entschieden hat, wird den Gläubigern die volle Handlungsfreiheit eingeräumt. Was uns an allerbestenlichte steimmt, ist der Umstand, daß diese Handlungsfreiheit für jede Gläubigerregierung gelten soll, daß also jeder Macht einzeln das Recht einer Sondermaßnahme eingeräumt wird, und die Mächte nicht mehr gezwungen zu erscheinen brauchen. Wenn das der Sinn der sogenannten Liquidierung des Krieges sein soll, so dürften wir allerdings noch weit von dieser erträumten Hoffnung entfernt sein, und es ist kein guter Stern, unter dem der Young-Plan geboren wird. Wir wollen mit unserem endgültigen Urteil bis zur Rückkehr der deutschen Delegation warten, um festzustellen, was sie uns zu sagen hat. Es erscheint uns jedenfalls eine ganz eindeutige offizielle Interpretation, die nach unserer Auffassung schriftlich niederzulegen wäre, notwendig, um uns vor Auslegungen zu schützen, die wir keinesfalls anerkennen könnten. Die deutsche Regierung scheint, soweit hier nach den amtlichen Kommentaren erkennbar ist, auf dem Standpunkt zu stehen, daß die in der Einigungsformel festgelegte Handlungsfreiheit nur 'im Rahmen des allgemeinen Völkerrechtes' zu verstehen sei. Es wäre — und wir wiederholen unsere Ansicht noch einmal — unbedingt notwendig, daß diese Interpretation zum mindesten deutlich und unmißverständlich festgelegt wird. Es will uns jedenfalls scheinen, daß der Young-Plan noch nicht unter Dach und Fach ist.

Wenn vom Haag aus in verschiedenen Blättern unkontrollierbare Gerüchte über die Verhandlungsführung verbreitet werden, so halten wir es für angebracht zu warten, bis die Delegation sich selbst äußert.

Die heutige Nummer enthält das St. Venns-Blatt, das Sonntagblatt für die nächste Woche.

Weihe der KKB-Gedächtniskirche

Beginn Sonnabend

Leipzig, 17. Januar.

Morgen abend 19.30 Uhr beginnen die Feierlichkeiten anlässlich der Einweihung der Kaufmannsgedächtniskirche für die gefallenen Verbandsmilitärs. An dieser Feier nehmen nicht nur die Katholiken aller Leipziger Gemeinden teil, sondern auch zahlreiche Mitglieder des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereine aus dem ganzen Reich. Diese Teilnehmer treffen nun Teil bereits heute abend in Leipzig ein. Morgen vormittag findet eine Sitzung des Verbandsausschusses und des Vorstandes des Verbandes KKB statt.

Das Programm der feierlichen Einweihung der Kaufmannsgedächtniskirche sieht im übrigen folgende Veranstaltungen vor:

Samstag, den 18. Januar.

19.30 Uhr Gedächtnisfeier für die gefallenen Verbandsmilitärs und Einweihung der Gedächtniskirche. Gemischte Chöre von Schubert, Vittoria, Palestrina, Sprechstücke, Rezitationen u. a. Vortrag von Hise v. Stach. Gedächtnisrede des Herrn Generalpräses Albrecht, geistlichen Vizepräsidenten des Verbandes KKB, Eisen.

Sonntag, den 19. Januar.

9.30 Uhr Feierliches Pontifikatamt, geleitet vom H. H. Bischof Dr. Christian Schreiber.

12 Uhr Festakt im großen Saale der 'Friedrichshallen', Leipzig-Connewitz, Brandstraße 11/13, mit Ansprache des hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. Christian Schreiber, Festrede des Vor-

sitzenden des KKB-Kirchenbau-Ausschusses, Herrn Fabrikant J. Kraus, Witten.

15.30 Uhr Festessen im großen Saale des Zoologischen Gartens, Pfaffendorfer Straße.

Montag, den 20. Januar.

8.30 Uhr erstes feierliches Requiem in der Gedächtniskirche für die gefallenen Verbandsmilitärs.

Das St. Venns-Blatt, das der S. V. heute beiläufig, bringt einen Festartikel von Bischof Dr. Schreiber, der die Weihe der Kaufmannsgedächtniskirche vornehmlich wird, und ein Bild der Kirche.

Das Polizeipräsidium Leipzig hat für Sonntag, den 18. d. M., Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel in den südlich der Kaiserin-Augusta-Straße gelegenen Stadtteilen (Leipzig-Connewitz, Leipzig-Lößnitz, Leipzig-Döllitz) auf Grund von § 123 Abs. 2 Reichsverfassung verboten, soweit Umzüge nicht ausdrücklich polizeilich genehmigt worden sind. Das Verbot ist erfolgt, damit Störungen bei den Einweihungsfeierlichkeiten der Kaufmannsgedächtniskirche von vornherein unmöglich sind.

Elsner zurückgetreten

Dresden, 17. Januar.

Wie wir erfahren, hat Arbeitsminister Elsner heute offiziell sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Ar. Bat. s. Dresden Stadtschau 1095